

Zwei Spitäler sind eines zuviel

Wie weiter? Der Staat wäre bereit zu investieren, um die Liquidität des Landesspitals zu sichern. Dies führt allerdings automatisch zur Frage, ob dies mit oder ohne Medicnova geschehen soll. Auf dem Spiel stehen Millionen. Und die Angst vor dem Verlust von Patienten.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Für das Land wäre ein Umzug des Landesspitals in die Räumlichkeiten der Medicnova in Bendern finanziell wohl eindeutig die bessere Lösung, denn in das marode Gebäude des Landesspitals in Vaduz müsste ohnehin weiter investiert werden. Doch für einmal geht es nicht wie so oft im Leben nur ums Geld. Zu viel steht für Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini auf dem Spiel. Verärgert über die Ärzte der Medicnova, riskiert er, dass diese künftig nicht mit dem Landesspital zusammenarbeiten und ihre Patienten weiterhin in Grabs behandeln – Patienten, die dem Landesspital weiterhin fehlen. Geht er jedoch zu sehr auf die Wünsche der Medicnova ein, riskiert er, einen Präzedenzfall zu schaffen, und die Regierung würde sich wohl mit Forderungen weiterer maroder Unternehmen konfrontiert sehen.

Eines muss man Mauro Pedrazzini aber lassen: Zu verbergen versucht er – zumindest in den schriftlichen Unterlagen – nichts. Verliesse man sich allerdings einzig auf die Aussagen, die er im Rahmen der Pressekonferenz vom Mittwoch getätigt hat, müsste man zum Schluss gelangen, dass eine Einigung zwischen Landesspital und Medicnova nur noch eine Frage der Zeit ist. Weit gefehlt.

Viel Kritik von Medicnova und der Gemeinde Vaduz

Die Beratungsgesellschaft PwC gelangt also zum Schluss, dass die



Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini (links) und Sandro d'Elia, Generalsekretär des Ministeriums für Gesellschaft. Bild: T. Schnalzer

Stossrichtung «Starke Akutsomatik in Bendern gemeinsam mit LLS und Medicnova» zu favorisieren ist. Dadurch würden die Kräfte gebündelt, Doppelspurigkeiten reduziert und die im Land vorhandene Infrastruktur optimal genutzt. Schön und gut. Doch sind die beiden Spitäler nicht gewillt, eine solche Lösung umzusetzen, kann eine Beratungsgesellschaft wie PwC beraten, solange sie will.

Ein Blick auf die Rückmeldung der Spitäler zeigt, dass man wohl weit von einer Einigung auf einen gemeinsamen Weg entfernt ist. Obwohl bspw. das Landesspital noch relativ sachlich urteilt und die favorisierte Lösung nicht als völlig unmöglich abtut, erachten

die Verantwortlichen jene Variante, wonach die Medicnova komplett durch das Landesspital übernommen würde, dennoch als einfacher umsetzbar und weniger konfliktreich. Die Medicnova hingegen hält unmissverständlich fest: «Die Schlussfolgerung bzw. Vorwegnahme, dass im Szenario B die künftige betriebswirtschaftliche und organisatorische Führung mit Ausnahme der Belegarztstätigkeit vollständig dem Landesspital zu übertragen wäre, ist mit Medicnova nicht abgesprochen. Die Ausgestaltung dieses Szenarios kann deshalb keinesfalls als einvernehmlich bezeichnet werden.» Und weiter halten die Verantwortlichen fest, dass eine Um-

setzung in der beschriebenen Art und Weise für die Medicnova nicht zielführend sei und sie dieser so auch nicht zustimme.

Und dann mischt sich da noch jemand ein, mit dem sowohl Beratungsfirma als auch Regierung wohl bis kurz vor Schluss nicht gerechnet hatten: die Gemeinde Vaduz. In einem Schreiben kritisiert Bürgermeister Ewald Ospelt scharf, dass die zur Disposition gestellten Handlungsoptionen ohne das Mitwirken der Gemeinde Vaduz gar nicht möglich seien. Es wirke äusserst befremdend, dass die Gemeinde erst zu einem späten Zeitpunkt kontaktiert worden sei und der Baurechtsvertrag mit der Liechtensteinischen Lan-

desspital Stiftung Vaduz weder im gesamten Bericht noch im Literaturverzeichnis aufscheine. Wie gross die Verzögerung in Vaduz ist, zeigt sich schliesslich im Satz: «Die dem Bericht offensichtlich zugrunde liegende Unkenntnis über die vertragsrechtliche Ausgestaltung und die Voraussetzungen zur allfälligen Nutzung der freiwerdenden Räumlichkeiten am Standort Vaduz gipfelt in der These, dass die freiwerdenden Räumlichkeiten anderweitig vermietet werden könnten ...»

«Und die Schweizer reiben sich die Hände»

Dass sich der Gesundheitsminister nun auf den Landtag verlässt,

was das weitere Vorgehen betrifft, kann man ihm wohl kaum verdenken. Wie die Landtagsabgeordneten auf die Vorschläge der PwC-Studie reagieren, bleibt allerdings abzuwarten. Die Freie Liste gab bis gestern keine Stellungnahme ab bzw. will die Unterlagen erst detailliert prüfen und am kommenden Montag eine Standortbestimmung vornehmen. VU-Fraktionssprecher Günter Vogt hingegen stellte bereits kurz nach der Pressekonferenz der Regierung fest: «Ein Weitblick auf mögliche Szenarien ausserhalb der im Bericht erwähnten Ansätze fehlt.» Der ins Auge gefasste Betrieb des Landesspitals in Bendern mit gleichzeitiger Integration des Belegarztsystems durch die Medicnova werfe eine Vielzahl von noch ungeklärten Fragen auf. Die beiden Kulturen in einem gemeinsamen operativen Betrieb zusammenzuführen, stelle eine riesige Herausforderung dar. «Ich kann mir vorstellen, dass es aufseiten der Medicnova mindestens zwei Lager mit unterschiedlichen Befindlichkeiten gibt.»

Fakt sei, dass zwei Spitäler, für die das Land effektiv zu klein sei, um wirtschaftlich profitabel betrieben werden zu können, nun selber auf der Intensivstation liegen würden. «Ob beide überleben können? Eher nicht. Die Zeit drängt, insbesondere bezüglich der aktuellen Fallzahlen. Dabei müssen wir uns auch bewusst sein, dass sich aufgrund unserer Uneinigkeit ein Partner auf der Schweizer Seite die Hände reiben darf. Es ist Zeit für Veränderungen, Herr Regierungsrat Pedrazzini!»

Das favorisierte Szenario B im Detail

Beschreibung Was bedeutet ein Betrieb des LLS in Bendern und Integration der Medicnova?

Würde sich das Land dazu entscheiden, das von der Beratungsfirma PwC favorisierte Szenario B umzusetzen, würde das Landesspital seinen Betrieb an den Standort Bendern in die Immobilie der Medicnova Immobilien Anstalt verlegen und dort stationäre und ambulante Leistungen in einer neuen und modernen Infrastruktur anbieten. Die Medicnova Privatklinik AG würde als Belegarztgesellschaft im Landesspital tätig sein und ihre Leistungen weiterhin am Standort Bendern erbringen. Der Standort Bendern würde entsprechend dem verfolgten Leistungsangebot ausgebaut und um eine Notfallstation, zusätzliche Betten und Verwaltungsräume ergänzt.

Das Leistungsangebot in Bendern

Das geplante Leistungsangebot am Standort Bendern umfasst die stationäre Grundversorgung inklusive Notfallstation. Vor allem die chirurgische Grundversorgung wird am Standort Bendern mit einer Intermediate-Care-Abteilung erbracht. Dabei handelt es sich um eine Intensivüberwachungspflege, welche als Bindeglied zwischen einer Intensivpflegestation mit einer engmaschigen Patientenüberwachung und einer Normalstation fungiert. Leistun-

gen im ambulanten Bereich, welche stark von der stationären Infrastruktur abhängig sind, werden ebenfalls dort erbracht.

Am Standort Bendern würden somit die aktuellen Leistungen beider Parteien erbracht. Das Verbinden von mehreren Spezialisten an einem Standort ermöglicht eine umfassendere Patientenbetreuung. Je nach Erweiterungskonzept der Stationen, welches von einer detaillierten Bedarfsprognose herzuleiten ist, würden am Standort Bendern um 60 bis 80 Betten zur Verfügung stehen.

Operativ würde das Spital also durch das Landesspital mittels eines Chefarztsystems betrieben, während die Medicnova als Belegarztgesellschaft tätig wäre. PwC hält am Ende fest: «Die Aufrechterhaltung und der Betrieb von zwei vollwertigen Spitalbetrieben in einer Immobilie kann als grosse Herausforderung gesehen werden und hat deutliche Nachteile in Bezug auf die Effizienz und das Funktionieren zweier heute unterschiedlicher Kulturen. Andererseits waren die Medicnova-Ärzte lange am Landesspital tätig und sind mit der diesbezüglichen Kultur vertraut bzw. haben diese sogar mitgeprägt.» Aber wollen sie auch wieder dorthin zurück? (dv)

Szenarien für künftige akutsomatische Gesundheitsversorgung

Die Beratungsgesellschaft PwC präferiert eine Übernahme des Standorts Bendern durch das Landesspital und Integration eines Belegarztsystems durch die Medicnova. Grafik: PwC

Gewichtung	Szenario	Szenarien für künftige akutsomatische Gesundheitsversorgung												
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10			
Gesundheitspolitische Ziele	1	Zugänglichkeit	8	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	3
	2	Medizinische Qualität	9	3	3	3	2	2	1	3	3	3	3	3
	3	Bedarfsgerechte Angebote	8	3	3	3	3	2	2	2	2	2	2	2
	4	Realisierbarkeit	9	1	3	1	4	1	1	2	1	1	1	1
	5	Stabilisierung Gesundheitskosten	9	3	3	3	1	1	1	2	2	2	2	2
	6	Effiziente staatliche Spitallösungen	4	3	3	3	1	1	2	3	2	2	2	2
	9	Selbstversorgung Ausserord. Lagen	8	4	4	4	4	2	2	1	0	0	0	0
	10	Selbstversorgung Zentrums- & HSM	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
	11	Steuerungsmöglichkeiten	7	4	2	3	2	2	1	1	1	1	1	1
	12	Mehrfachauswahlmöglichkeiten	7	2	3	2	4	2	2	2	2	2	2	1
	13	Volkswirt. Gesamtnutzen	8	3	3	3	3	2	1	1	2	1	2	1
	14	Ausbildung von Fachkräften	4	2	2	2	2	1	1	1	2	2	0	0
		Total		238	249	231	229	152	132	164	155	124		

Und die Kooperationen?

Während das Landesspital eine Kooperation mit dem Kantons- spital Graubünden verfolgt, behandeln die Belegärzte der Medicnova die allgemeinversicherten Patienten aus Liechtenstein im Spital Grabs stationär. Dieser Umstand hat auch dazu geführt, dass weniger Patienten ins Landesspital überwiesen werden und

hat die Wettbewerbssituation im Land damit zusätzlich verschärft.

Wird nun eine der favorisierten Optionen der PwC (Szenario 1 oder 2) umgesetzt, wäre die Kooperationsfrage «Chur oder Grabs» weiterhin nicht geklärt. Das Land müsste allenfalls eine Lösung finden, die Belegärzte der Medicnova an die Strategie des

Landesspitals zu binden – andernfalls könnten diese ihre Patienten weiterhin in Grabs behandeln. Die PwC-Studie liefert keine Antwort zu der Frage, wie das allenfalls verhindert werden soll. Ohne Verständigung auf eine gemeinsame Kooperation ergibt eine Zusammenarbeit an einem gemeinsamen Standort kaum Sinn. (dv)

Für unveränderten Staatsbeitrag

Bericht Geht es nach dem Willen der Regierung, bleibt der OKP-Staatsbeitrag im Jahr 2019 unverändert bei 29 Millionen Franken – dies trotz des guten Finanzergebnisses des Landes. Den entsprechenden Bericht und Antrag hat sie in ihrer Sitzung vom 8. Mai genehmigt. Im Bericht und Antrag wird zudem die Entwicklung der Gesundheitskosten des letzten Jahres analysiert.

Der vom Staat finanzierte Beitrag habe somit keinen relevanten Einfluss auf die Prämie, den Arbeitgeberbeitrag und die Prämienverbilligung für einkommensschwache Versicherte, führt die Regierung in einer Mitteilung aus. Die Regierung habe sich im aktuellen Regierungsprogramm zum Ziel gesetzt, auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige, für alle zugängliche und bezahlbare Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Das Kostenwachstum soll auf ein tragbares Mass eingedämmt werden. Das bisher Erreichte sei kein Grund sich auszurufen. Neben der konsequenten Umsetzung jener Instrumente, die das revidierte KVG den Beteiligten an die Hand gegeben hat, z. B. Bedarfsplanung, Tarifcontrolling und Wirtschaftlichkeitsverfahren, rücke nunmehr die Spitalversorgung und die Qualität vermehrt in den Fokus.

In Sachen Staatsbeitrag dürfte das letzte Wort aber noch nicht gesprochen sein. Bereits im vergangenen Jahr forderte die Freie Liste eine Erhöhung. (ikr/dv)